

## Die Politisierung der Wissenschaft

*Ulrike Ackermann*

*Freiheitsforscherin, Politikwissenschaftlerin, Soziologin und Autorin sowie Gründerin und Direktorin des John Stuart Mill Instituts für Freiheitsforschung, Bad Homburg*

Wilhelm von Humboldt warnte Anfang des 19. Jahrhunderts in seiner berühmten Denkschrift über die äußere und innere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin: „Der Freiheit droht aber nicht bloß Gefahr von ihm (dem Staat, UA), sondern auch von den Anstalten selbst, die, wie sie beginnen, einen gewissen Geist annehmen und gern das Aufkommen eines anderen ersticken.“<sup>1</sup>

Dieser neue Geist wird heute nicht nur über Leitbilder der Universitäten gestiftet. Auch die Sprachpolitik, die im Rahmen von Diversität, Gerechtigkeit und Inklusion gefördert und gefordert wird, prägt ihn.

Der Konformitätsdruck wächst und die Pluralität der Perspektiven schwindet. Sukzessive untergraben Moralisation und Politisierung die Wissenschaftsfreiheit. Vor allem die moralisch-politisch aufgeladene Woke Culture prägt immer stärker den Umgang miteinander auf dem Campus. Auch im institutionellen Gefüge des Universitätsbetriebs steigt der Konformitätsdruck. Wenn immer mehr politisch-moralische Kriterien in die Wissenschaft und ihren Betrieb eindringen und festlegen, wer was wie sagen, denken und forschen darf, ist es um die Freiheit schlecht bestellt.

Bereits in der Gründungsphase der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 1914 wurde über das Verhältnis von Moral, Politik und Wissenschaft gestritten – im berühmten Werturteilstreit. Damals wie heute ging und geht es um implizite und explizite Werturteile, um latente oder manifeste normative oder gar ideologische Prämissen. Max Weber schloss damals Parteinarbeit und moralische Urteile aufseiten des Wissenschaftlers keineswegs aus, zog jedoch deutlich eine Grenze zwischen politisch-moralischer Wertung, Parteinarbeit und Engagement auf der einen Seite und Forschung, wissenschaftlicher Analyse, Deutung und Lehre auf der anderen Seite. Er problematisierte damit sehr frühzeitig eine Vermischung von beidem. Bekanntermaßen war er selbst nicht nur Wissenschaftler, sondern Teilnehmer in politischen Debatten und zeitweise sogar als Mitglied in der Deutschen Demokratischen Partei aktiv. Aus gutem Grunde hat er beides klar unterschieden in seinen Essays „Wissenschaft als Beruf“ und „Politik als Beruf“.<sup>2</sup> Im sogenannten Positivismusstreit der 1960er-Jahre zwischen dem kritischen Rationalisten Karl R. Popper, Ralf Dahrendorf und Theodor W. Adorno als Vertreter der „Kritischen

---

<sup>1</sup> Wilhelm von Humboldt, *Denkschrift über die äußere und innere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin*, Berlin 1903, S. 233.

<sup>2</sup> Max Weber, *Wissenschaft als Beruf*, in: Schriften 1894–1922, ausgewählt und herausgegeben von Dirk Kaesler, Stuttgart 2002; Max Weber, *Politik als Beruf*, in: Ders., *Politik und Gesellschaft*, hrsg. von Daniel Lehmann, Frankfurt a. M. 2006.

Theorie“ flammte der Streit wieder auf. Bekanntermaßen haben sich à la longue besonders in den Sozial-, Kultur- und Geisteswissenschaften die Vertreter und Vertreterinnen der Kritischen Theorie mit explizitem Anspruch, die Gesellschaft zu transformieren, durchgesetzt.

Über Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit, über Cancel Culture und die Einengung des Diskurses wird inzwischen auf breiterer Ebene gesellschaftlich gestritten. Denn in der Besetzung öffentlicher Podien und Talkshows, aber auch in universitären Diskussionen und Auswahlverfahren scheint inzwischen oft weniger die Argumentation und inhaltliche Positionierung relevant zu sein, als vielmehr das Geschlecht, die Hautfarbe oder die Religionszugehörigkeit der entsprechenden Personen. Wer sprechen darf, was ausgesprochen werden darf und was nicht, und wie tunlichst gesprochen werden soll, unterliegt häufig ganz neuen sozialen Regeln, die niemals offiziell ausgerufen oder demokratisch legitimiert wurden. Dieses neue Regime der Political Correctness und der Woke Culture, das sich in allen gesellschaftlichen Feldern und im politischen und akademischen Raum ausbreitet, erzeugt inzwischen einen Konformitätsdruck, der in den letzten Jahren immens gestiegen ist. Das kann man innerhalb der Volksparteien, im Öffentlichen Dienst und Unternehmen ebenso beobachten wie besonders ausgeprägt im Kultur- und Wissenschaftsbetrieb.

Was passiert hier eigentlich? Was sind die Triebfedern, wenn plötzlich Bilder in öffentlichen Museen entfernt werden, weil sich eine gesellschaftliche Gruppe beleidigt fühlen könnte? Bücher umgeschrieben werden, Hochschulfassaden von missliebigen Gedichten gesäubert werden? Denkmäler gestürzt werden? Es sind Eingriffe zugunsten eines vermeintlich gerechten, politisch korrekten Regimes, dass es jeder Ethnie, jedem Geschlecht und jeder Religion recht machen will. Der Wunsch nach Eindeutigkeit und Einheitlichkeit, nach Reinheit und Reinigung hat sich inzwischen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern ausgebreitet.

Wir haben alle die Bilder in Erinnerung, wie im Zuge der weltweiten Bewegung „Black lives matter“ lautstark gegen Rassismus, Kapitalismus und Kolonialschuld demonstriert und Denkmäler gestürzt wurde. Ja, es gibt Rassismus und die Diskriminierung von Minderheiten. Und wir müssen uns mit den Verbrechen des Kolonialismus auseinandersetzen. Und es ist gut, wenn Bürgerinnen und Bürger dies benennen und gegen Ungerechtigkeit und Fremdenfeindlichkeit protestieren. Doch dieser antirassistische Furor, den wir seit geraumer Zeit beobachten und die Cancel Culture erinnern in ihrer Rigidität an den Tugendterror der Jakobiner in der Französischen Revolution, die mit allem Alten brechen und das Vergangene radikal ausmerzen wollten. Bereits seit einigen Jahren tobt dieser Kulturkampf, der immer aberwitzigere Züge annimmt. Aber der Protest ist längst aus dem Ruder gelaufen und erhebt besonders im akademischen und kulturellen Feld Forderungen, die am Fundament und Selbstverständnis unserer freiheitlichen Ordnung rütteln. Sie knüpfen an ideologische Prämissen an, die schon länger die Selbstzweifel an der Erfolgsgeschichte unserer Zivilisation schürten und teils in einen regelrechten westlichen Selbsthass mündeten. Er ist nicht nur rechten und linken Rändern eigen, sondern zunehmend in Universitäten, Redaktionsstuben und Kulturinstitutionen beheimatet.

Die Identitätspolitik von rechts und die extremistisch militanten Umtriebe der „Identitären Bewegung“ in ganz Europa werden schon länger als Bedrohung unserer Freiheit wahrgenommen. Sie favorisieren einen Kollektivismus, der sein Heil in der ethnischen Homogenität der Volksgemeinschaft sieht. Und auch der Gefahr, die vom identitären politischen Islam ausgeht, sieht man inzwischen etwas genauer ins Auge – selbst wenn er immer noch verharmlost wird. Doch seit einigen Jahren hat sich auch eine Identitätspolitik von links an den Hochschulen fest etabliert und in der Folge maßgeblichen Einfluss im gesellschaftlichen Mainstream gefunden. Sie stellt mit ihrem Kollektivismus ebenso wie die Identitätspolitik der Rechten und der identitäre Islam die universalistischen Prinzipien der Aufklärung in Frage und ist im Kern antiliberal.

Immer häufiger gelingt es kleinen minoritären Gruppen, ihre Interessen und Ziele gegenüber einer schweigenden Mehrheit durchzusetzen. Diese soziale Dynamik hat die Kommunikationswissenschaftlerin Elisabeth Noelle-Neumann schon 1980 beobachtet: nämlich die weit verbreitete Neigung, öffentlich nur das zu sagen, was real oder vermeintlich gut ankommt, opportun und dem Zeitgeist entsprechend erscheint, besonders bei kontroversen und moralisch hochbesetzten Themen.<sup>3</sup> Wenn lautstarke und selbstbewusst vorgetragene Meinungsäußerungen und Forderungen, selbst einer kleinen Minderheit, auf Schweigen treffen, kommt die Schweigespirale in Gang. Mit der Mobilisierungskraft der sozialen Netzwerke gelingt dies natürlich viel schneller als in Zeiten der analogen Öffentlichkeit.

Ein Beispiel unter anderen ist etwa die Ausladung der Biologin Marie-Luise Vollbrecht 2022 von der Langen Nacht der Wissenschaften an der Humboldt-Universität in Berlin von Seiten der Universitätsleitung. Diese gab dem Druck einer kleinen studentischen Gruppe nach, die das Auftrittsverbot gefordert hatte, weil die Referentin queerfeindlich sei. Sie hatte in der Debatte um Transsexualität auf die biologische Existenz von zwei Geschlechtern gepocht. Nach zahlreichen Protesten gegen das Verbot durfte die Biologin dann in einer nachholenden Veranstaltung doch noch sprechen.

Es geht aber nicht nur um spektakuläre Fälle von Ausladungen, sondern um eine fortschreitende Politisierung der Wissenschaften. Wie schon seit vielen Jahren in den USA halten auch bei uns wissenschaftsfremde moralisch-politische Prinzipien Einzug in den akademischen Betrieb, die ausdrücklich auf die Transformation der Gesellschaft gerichtet sind: Diversity, Equity – früher übrigens Equality! - Inclusion. Von der DFG werden nach diesen Prinzipien und ausdrücklichen diversen Identitätskriterien die Fördergelder vergeben und Personalpolitik gesteuert.<sup>4</sup> In Deutschland sollten anfangs die Gleichstellungstellen an den Universitäten, im Öffentlichen Dienst und inzwischen in Unternehmen für Geschlechtergerechtigkeit zwischen Männern und Frauen sorgen, auch sie verfolgen mittlerweile eine viel weitreichendere politische Agenda. Es

---

<sup>3</sup> Elisabeth Noelle-Neumann, *Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut*, München 1980.

<sup>4</sup> Vgl. dazu auch die Stellungnahme der DFG-Präsidentin Katja Becker, Katja Becker, *Gleichbehandlung braucht ein Kriterium*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. 10. 2020; Ulrike Ackermann, *Die neue Schweigespirale. Wie die Politisierung der Wissenschaft unsere Freiheit einschränkt*, Darmstadt 2022, Kap. 3, *Etablierung der Identitätspolitik*, S. 49 ff.

geht dabei nicht nur um Sprachpolitik und das Gendern. Die Gleichstellungsstellen bzw. das Diversity Management sind längst bedeutsame Transmissionsriemen für die Durchsetzung der Ideen der Critical Social Justice Theories geworden. Diese reichen von den Gender Studies, den Postcolonial Studies, den Critical Race Studies bis zu den Queer Studies und haben sich inzwischen besonders in den Sozial-, Geistes- und Kulturwissenschaften etabliert. Schaut man sich die Fortbildungs- und Trainingseinheiten der Gleichstellungsstellen an, so operieren diese längst mit den Begriffen des „strukturellen Rassismus“, des „antimuslimischen Rassismus“ unserer „patriarchal-kapitalistischen“ Gesellschaft oder der Bezeichnung „Mehrheitsgesellschaft“. All diese Begriffe verstehen sich als Kritik an Herrschaftsdiskursen und Machtstrukturen, die transformiert werden sollen. Umschließt der Begriff ‚Gesellschaft‘ noch alle Bürger und Bürgerinnen, so impliziert „Mehrheitsgesellschaft“ bereits die Aufteilung und Gegenüberstellung in Diskriminierte diverser Opfergruppen einerseits und Privilegierte andererseits, die alle der Täterseite zugerechnet werden.

Es begann im Zuge der Neuen sozialen Bewegungen seit den 1970er Jahren durchaus emanzipatorisch. Völlig zurecht schlossen sich Frauen und soziale Minderheiten zusammen, um für ihre Rechte einzutreten. Sie machten auf historische und aktuell bestehende Diskriminierungen aufmerksam und bekehrten gegen Sexismus und Rassismus auf. Doch Zug um Zug breitete sich mit dem Lob der kulturellen Vielfalt und Differenz ein ideologisch gewordener Multikulturalismus aus, der die freiheitlichen Errungenschaften der westlich-europäischen Zivilisation zunehmend relativierte. Besonders an den angelsächsischen Universitäten wurde diese „positive Diskriminierung“ oder „asymmetrische Privilegierung“ als Minderheitenförderung durchgesetzt. Letzter Begriff stammt von dem v.a. in den USA einflussreichen Intellektuellen und postkolonialen Denker Ibram X Kendi.<sup>5</sup>

Immer neue soziale Gruppen, die sich als Opfer von Ungerechtigkeit und gesellschaftlicher Benachteiligung verstanden, entwickelten ihre jeweils unterschiedlichen Opfernarrative und forderten besondere Rechte für sich. Eine regelrechte Opferkonkurrenz entstand: wer wurde und wird am schlechtesten von der „Mehrheitsgesellschaft“ behandelt und darf am meisten verlangen? Ihr jeweiliger Bezugspunkt ist eine kollektive Identität, die abgeleitet wird aus realer oder vermeintlicher Benachteiligung, gemeinsamer Leiderfahrung, Unterdrückung oder Verfolgung, die teils Jahrhunderte zurückliegen: Frauen, sexuelle Minderheiten, die LGBTQI-Community, Migranten, ethnische und religiöse Minderheiten. Es geht dabei um Wiedergutmachung und Kompensation erfahrenen Leids und um die Gewinnung sozialer und kultureller Wertschätzung. Verlangt werden die Gleichbehandlung und die Einführung von Quoten. Entstanden ist daraus über die Jahrzehnte eine ausgeprägte Identitätspolitik, die ausdrücklich kollektive religiöse, kulturelle, sexuelle und ethnische Zugehörigkeiten ins Zentrum stellt. Nicht für Individuen werden Rechte eingefordert, sondern für die jeweiligen Opferkollektive, die alle als partikulare Einheiten gleichrangig behandelt werden wollen.

---

<sup>5</sup> Vgl. Ibram X Kendi, *How To Be an Antiracist*, München 2020.

Immer mehr Sonderrechte werden inzwischen beansprucht, um die bisherige gesellschaftliche und historische Benachteiligung zu kompensieren.

Aus den ehemals emanzipatorischen Bestrebungen sind identitäre Communities entstanden, die ihre Anliegen ideologisiert haben und einen lautstarken moralisierenden Feldzug gegen die „Mehrheitsgesellschaft“ führen. Sie treiben damit Polarisierungen voran, die den Zusammenhalt der Gesellschaft, der seit Jahren bröckelt, weiter schwächen. Wenn ständig zudem vornehmlich in Täter- und Opferkategorien gedacht wird, geht das oft an der Realität vorbei und verhindert sachliche Auseinandersetzungen.

Obwohl die Ideen der Critical Social Justice Theory und ihre neuen Vokabeln von einer kleinen akademischen Minderheit ausgegangen sind, haben sie sich erstaunlich weit verbreitet. Wer möchte sich denn schon gegen Forderungen nach sozialer und kultureller Gerechtigkeit aussprechen? Erst recht nicht, wenn diese Identitätspolitik keinen wirklich hohen ökonomischen Preis hat, sondern vor allem Symbol- und Repräsentationspolitik ist? Zudem ist es schick, sich als kulturelle Avantgarde vermeintlich fortschrittlich zu begreifen. In Teilen der gut ausgebildeten, kosmopolitisch orientierten, urbanen Mittelschicht findet die neue Sprache großen Anklang. Die identitätspolitischen Werte zählen dann ebenso zum Habitus wie etwa vegetarisch-veganes Essen. Auch viele Unternehmen sind heute stolz, woke zu sein und betreiben Virtue Signaling in diesem Sinne (Nivea, Barilla).

Paradox ist in jedem Fall, je mehr Fortschritte wir im realen Leben im Feld der Gleichberechtigung und Gleichstellung seit den letzten Jahrzehnten haben, umso unerbittlicher und ideologischer treten die Aktivist\*\*\*Innen der Gender und Postcolonial Studies und ihre NGOs auf.

Moralisierung und Politisierung des akademischen Betriebs von links, sowie eine linke Hegemonie in den Sozial- und Geisteswissenschaften gab es schon seit der 1968er Studentenbewegung – dem alten Traum folgend, Demokratie ohne Kapitalismus haben zu wollen. Eine neue Generation – dem Kapitalismus gegenüber aufgeschlossener – will nun mit gleicher Verve am Machtgefüge in der Gesellschaft rühren – fast noch unerbittlicher als früher, so scheint es. Einerseits beanspruchen viele Studierende die Universität als Schutzraum in Abschottung gegenüber der bösen, kalten Welt: Safe Spaces, aus Angst vor Konflikten und in der Folge mangelnde Ambivalenztoleranz. Einem kleineren Teil dient sie hingegen als intellektuelles und soziales Laboratorium für zukünftige gesellschaftliche Experimente und Ideenschmiede für die Transformation der Gesellschaft.

Deshalb ist ein Blick in die Ideengeschichte ebenso wichtig wie der Blick auf die Neuen Sozialen Bewegungen seit den 1970er/1980er Jahren. Neben der rechten Identitätspolitik, die eine homogene Volksgemeinschaft anstrebt und den Ethnopluralismus favorisiert und der Identitätspolitik des politischen Islam hat sich in den letzten Jahrzehnten eine linke Identitätspolitik etabliert, die aus den Universitäten heraus in immer weitere gesellschaftliche Bereiche eingedrungen ist. Sie zeichnet sich aus durch ihre radikale Kritik an der westlichen Moderne, an Kolonialismus, Kapitalismus, Patriarchat, an der Aufklärung und dem Universalismus der Menschenrechte. Vor allem darin sehen ihre Vertreter und Vertreterinnen

vornehmlich eine weiße, patriarchale Chimäre. Die zugrundeliegenden Ideenfragmente sind ein ideologisches Potpourri: ein wenig Marxismus, Imperialismus- und Kolonialismuskritik, viele Ideen von Antonio Gramsci und dessen Konzept der kulturellen Hegemonie, Elemente aus dem Neomarxismus der Kritischen Theorie, v.a. Ideen der Postmoderne und des Poststrukturalismus. Michel Foucault ist dabei eine wichtige Bezugsgröße, Elemente seiner Machtkritik und Diskurstheorie finden sich in banalisierter und vulgarisierter Form wieder.

Sehr früh hatte bereits der amerikanische Historiker Arthur M. Schlesinger die Entwicklungen an den Universitäten und im Bildungswesen der USA Ende der 1980er Jahren untersucht.<sup>6</sup> An der Stanford University erklangen damals schon Schlachtrufe, die gegen Seminare über die erfolgreiche Geschichte der westlichen Zivilisation protestierten: „Hey-hey, ho-ho, western culture’s got to go!“ Ursprünglich ging die Initiative von Anwälten, Rechtswissenschaftlern und Aktivisten aus, 1989 fand sich dann eine Gruppe von Professoren an der Harvard Law School zusammen, die an Law Schools lehrten. Als nicht-weiße Minderheit an Hochschulen entwickelten sie erstmalig die Grundideen der Critical Race Theory. Federführend waren in der Folge Richard Delgado und seine Frau Jean Stefancic.<sup>7</sup> Sie gehen davon aus, dass der Begriff der Rasse eine soziale Konstruktion ist, die über eine biologische Definition oder Bezeichnung von unveränderlichen Merkmalen hinausgeht. Auch wenn es unterschiedliche Ansätze in der Critical Race Theory gibt, eint sie eine Grundannahme: Rassismus ist ein strukturelles Phänomen, das der amerikanischen Gesellschaft prinzipiell und von Beginn an innewohnt. Rassismus ist also kein individuelles Vergehen oder eine Haltung, gar eine Ausnahme, sondern Bestandteil des gesellschaftlichen Systems, in der Weiße Macht ausüben mittels der Institutionen, die sie geschaffen haben und in denen sie von Anbeginn an ihre Privilegien verteidigten. Die ökonomische Ungleichheit gründe ebenso darin wie der unterschiedliche Zugang zu Bildung oder die Partizipation in Gesellschaft und Politik. Die Vertreter der kritischen Rassentheorie sehen ganz prinzipiell in dem Grundsatz formaler Gleichheit vor dem Gesetz eine Schimäre, die die uralten Privilegien der Weißen und ihre strukturelle Vormachtstellung nur verschleiern würden. Gerechtigkeit sei darüber nicht herzustellen. Allen Weißen wird damit eine unentrinnbare und nicht zu tilgende Kollektivschuld zugeschrieben. Wer weiß ist, ist deshalb per se rassistisch aufgrund seiner Privilegien, egal was er tut oder denkt. Längst sind diese Ideen an den europäischen Hochschulen etabliert.

Anfänge einer Theorie des Postkolonialismus finden sich bei dem Schriftsteller und späteren Politiker Aimé Césaire aus Martinique und Léopold Sédar Senghor, dem ersten Präsidenten Senegals. Diese ersten postkolonialen Denker waren Intellektuelle aus den ehemaligen Kolonien, die seit den 1930er-Jahren ihre Ideen im Zuge der antikolonialen Befreiungskämpfe und der Dekolonialisierung mit politischem Aktivismus verbanden. Bereits damals war die Suche nach Identität und die Unterscheidung vom weißen Europa, dem sie Eurozentrismus

---

<sup>6</sup> Vgl. Arthur M. Schlesinger, *Die Spaltung Amerikas. Überlegungen zu einer multikulturellen Gesellschaft*. Mit einem Vorwort v. Sandra Kostner, Stuttgart 2020.

<sup>7</sup> Richard Delgado / Jean Stefancic, *Critical Race Theory: An Introduction*, New York 2001.

vorwarfen, nicht nur in ihren Ursprungsländern, sondern auch in der Diaspora ein zentrales Thema. Gedanklich bewegten sie sich im Marxismus und zugleich in Kreisen der Surrealisten. Der Psychiater Frantz Fanon hat in seinen Schriften oft auf die Négritude Bezug genommen. Sein Hauptwerk war „Die Verdammten dieser Erde“, Jean-Paul Sartre schrieb das Vorwort.<sup>8</sup> Edward W. Saids „Orientalismus“ von 1978, war dann eines der einflussreichsten Sachbücher.<sup>9</sup> Mit dem Begriff Orientalismus kritisierte Said den vorgeblich eurozentrischen und westlichen Blick auf die arabische Welt und den Nahen Osten. Dieses Denken diene nur der westlichen Herrschaft über den Orient, zeige sein fortgesetztes Überlegenheitsgefühl und seinen strukturellen Rassismus. Die europäische Aufklärung sei ein Diskurs, der diesen Herrschaftsanspruch nur vernebeln würde. In diesem Zusammenhang unterstellte er dem Westen darüber hinaus eine bis heute währende tiefsitzende Islamfeindlichkeit.

Achille Mbembe, Historiker aus Kamerun, ist heute ein führender Theoretiker des Postkolonialismus. Im Jahr 2000 erschien sein Buch „Postkolonie. Zur politischen Vorstellungskraft im zeitgenössischen Afrika“ in Frankreich.<sup>10</sup> In Anknüpfung an Frantz Fanon und Edward Said wirft er Europa und Amerika vor, das westliche Denken über und die Sichtweise auf Afrika sei eine Projektion. Der Westen sei in seine koloniale Schuld verstrickt, versuche dies zu leugnen und sei gleichzeitig in einem Wiederholungszwang gefangen. Er mischt diese Ideen mit Elementen aus Michel Foucaults Macht- und Herrschaftskritik, die er erweitert. Sein nachfolgendes Buch „Kritik der schwarzen Vernunft“, 2014, wurde in viele Sprachen übersetzt und war ein Bestseller.<sup>11</sup> Darin versucht er den globalen Kapitalismus aus dem transatlantischen Sklavenhandel heraus zu erklären. Er kombiniert in seiner postkolonialen Theorie die alte linke, marxistische, politökonomisch orientierte Kapitalismus- und Imperialismuskritik mit Elementen postmoderner Theorien.

Mbembe ist immer wieder in der Debatte über linken und muslimischen Antisemitismus in die Kritik geraten, u.a. wegen seiner Fürsprache für den BDS, eine seit 2005 aktive internationale Boykott-Bewegung gegen Israel (Boycott, Divestment and Sanctions). Sie ruft auch in Deutschland zum Boykott gegen Israel, gegen israelische Waren und Dienstleistungen, israelische Künstler, Wissenschaftler und Sportler auf. Sie wird von vielen Vertretern und Vertreterinnen im Kultur- und akademischen Betrieb unterstützt, auch vehement von der postkolonialen-feministischen Philosophin Judith Butler.

2019 verabschiedete eine große Mehrheit des Deutschen Bundestags fraktionsübergreifend eine Resolution, mit dem Titel „BDS-Bewegung entschlossen entgegnetreten – Antisemitismus bekämpfen“ – und rief damit harte Kritik im Wissenschafts- und Kulturbetrieb hervor. Daraus

---

<sup>8</sup> Frantz Fanon, *Die Verdammten dieser Erde*, Reinbek 1972.

<sup>9</sup> Edward W. Said, *Orientalismus*, Frankfurt 2009.

<sup>10</sup> Achille Mbembe, *Postkolonie. Zur politischen Vorstellungskraft im zeitgenössischen Afrika*, Wien/Berlin 2016.

<sup>11</sup> Achille Mbembe, *Kritik der schwarzen Vernunft*, Berlin 2017.

entstand 2020 die Resolution und „Initiative GG.5.3. Weltoffenheit“, die in der Bundestagsresolution einen Angriff auf die Meinungsfreiheit und in der Boykott-Bewegung eine legitime Kritik an Israel sah. Prominente Vertreter und Vertreterinnen des Kulturbetriebs, viele Institutsdirektoren und zahlreiche Persönlichkeiten aus der Wissenschaft unterzeichneten den Aufruf.<sup>12</sup>

Längst vor dem bestialischen, terroristischen Pogrom der Hamas am 7. Oktober 2023 gegen Israel und die Juden und ihrem langjährigen Kampf gegen die Existenz des Staates Israel ist ein neuer Historikerstreit in der postkolonialen Debatte entbrannt. Wurde der Holocaust lange Zeit von rechts verharmlost oder geleugnet, so kommt heute eine Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen von links. Die israelischen Juden würden den Palästinensern heute das antun, was die Nazis seinerzeit ihnen angetan hätten, aus Opfern seien Täter geworden. Auch Achille Mbembe kritisiert Israel als imperialistische Kolonialmacht und sogenanntes „Apartheid Regime“ und bestreitet dessen Existenzrecht. Er ist wie der australische, deutschstämmige Historiker A. Dirk Moses auch der Überzeugung, die weltweiten Verbrechen des Kolonialismus seien fundamentaler und folgenreicher gewesen als der Zivilisationsbruch, den die Nationalsozialisten mit der Auslöschung der Juden begangen haben. Die Singularität dieses Verbrechens würden die Deutschen und Europäer nur in ihrer Erinnerung kultivieren, weil weiße Menschen Weiße umgebracht hätten, so folgern sie gemäß der Critical Race Theory. Moses spricht deshalb vom „Katechismus der Deutschen“. Diese Ideen fielen im deutschen Kultur- und Wissenschaftsbetrieb auf fruchtbaren Boden.<sup>13</sup>

Der Streit um die Einladungspolitik der Kunst- Documenta in Kassel 2022 und die Debatte über antisemitische Bilder von Künstlern des globalen Südens waren ebenfalls von diesen Auseinandersetzungen geprägt.<sup>14</sup>

Auf den Straßen Europas, an amerikanischen Elite-Unis wie Harvard und Stanford demonstrierten Tausende gegen Israel und seine militärische Antwort auf den terroristischen Pogrom am 7. Oktober 2023. Sie beschweigen die Bestialität dieses Terrors an Zivilisten, 1400 Jüdinnen und Juden, die regelrecht abgeschlachtet wurden, enthauptete Säuglinge, monströs vergewaltigte und dann hingerichtete Frauen und Mädchen. Viele der Demonstranten sehen in dem „Kampf“ der Hamas legitime Antworten auf das sogenannte „israelische Unterdrückungsregime“ und begreifen sich als Teil des „antikolonialistischen Widerstands“.

---

<sup>12</sup> <https://www.gg53weltoffenheit.org/>

<sup>13</sup> Vgl. Thierry Chervel, *Historikerstreit 2.0.*, in: Perlentaucher, 20.06.2021, <https://www.perlentaucher.de/essay/die-debatte-ueber-a-dirk-moseskatechismusder-deutschen.html>; Natan Sznajder, *Fluchtpunkte der Erinnerung: Über die Gegenwart von Holocaust und Kolonialismus*, München 2022; siehe auch Andrew Sullivan, *The Anti-Semitism In Anti-Whiteness*, in: The Weekly Dish, 4.2.2022, <https://andrewsullivan.substack.com/p/the-anti-semitism-in-anti-whiteness?s=r>.

<sup>14</sup> Künstler der Gruppe Ruangrupa, in Kassel 2022 verantwortlich als Kuratoren-Kollektiv und wegen Antisemitismus hart in die Kritik geraten, bewarben im Oktober 2023 ein Video, in dem das Pogrom der Hamas gefeiert wurde. Die Findungskommission für die "documenta 16" im Jahr 2027 ist im November 2023 komplett zurückgetreten nach Antisemitismusvorwürfen und Streit über den Umgang mit Israel und der Hamas.



Dekolonialisierung sei eben nicht nur eine Metapher. In Festreden an Universitäten hörte man antisemitische Propaganda und den Aufruf „Widerstand gegen Zionismus auf der ganzen Welt!“ an die Absolventen.<sup>15</sup> „From the river (Jordan, U.A.) to the sea – Palestine will be free“. Gemeint ist damit ein Palästina, das frei von Juden ist und die Auslöschung des Staates Israel. Man braucht sich, um die Parole zu verstehen, nur das Gründungsdokument der Hamas, ihre "Charta" von 1987 anzuschauen. Darin steht dies ganz unverblümt: „Liegen diese Glieder auch sehr fern und haben auch die Hindernisse, die die Helfershelfer des Zionismus den Dschihad-Kämpfern in den Weg gestellt haben, dazu geführt, dass der Dschihad nicht kontinuierlich fortgeführt werden kann, so strebt die Islamische Widerstandsbewegung doch danach, Gottes Versprechen wahrzumachen, ganz gleich, wie lange dies dauern mag. Der Prophet - Gott segne ihn und schenke ihm Heil -, sprach: 'Die Stunde wird kommen, da die Muslime gegen die Juden so lange kämpfen und sie töten, bis sich die Juden hinter Steinen und Bäumen verstecken. Doch die Bäume und Steine werden sprechen: 'Oh Muslim, oh Diener Allahs, hier ist ein Jude, der sich hinter mir versteckt. Komm und töte ihn!'"<sup>16</sup>

Die antisemitischen Demonstrationen und der unverhohlenen skandierten Juden Hass auf Europas und Amerikas Straßen und an vielen Universitäten kommt nicht von ungefähr – Jüdinnen und Juden werden gejagt, rechter, linker und muslimisch-islamischer Antisemitismus mischen sich. Vor dem Auswärtigen Amt in Berlin forderten Studierende der Humboldt-Universität „Free Palestine from German Guilt“. Viele erstaunte all dies. Allmählich dringt in ein breiteres Bewusstsein, welche verheerende Wirkungen die postkolonialen Theorien zeitigen. Denn in ihnen ist seit vielen Jahren Israel als Hauptfeind stigmatisiert. Und die Botschaft ist in den Köpfen mehrerer Studentengenerationen angekommen. Der Staat Israel sei ein „Projekt eines imperialen Siedlerkolonialismus“, so das verbreitete postkoloniale Narrativ; er sei ein „Apartheidstaat“, der einen Genozid an Palästinensern vornehme. Der Zionismus sei von Anfang an eine koloniale weiße Siedlerbewegung gegen Indigene gewesen. Außerdem sei Israel quasi ein fremder Satellitenstaat der USA in arabischer Umgebung. Die Palästinenser werden als stellvertretende anticoloniale Freiheitskämpfer des globalen Südens gegen den ausbeuterischen kapitalistischen Westen und Norden gefeiert.

8000 Kulturschaffende forderten in einem offenen Brief „ein Ende des Genozids in Gaza“. (Unterzeichner u.a. Judith Butler, der Komponist und Pianist Fazil Say, oder die Schauspielerinnen Tilda Swinton)<sup>17</sup>. Das Wort Israel und der Pogrom der Hamas fanden keinerlei Erwähnung. Eine Gruppe um den Philosophen Jürgen Habermas hat dagegen Israels Existenzrecht und sein Recht auf Selbstverteidigung stark gemacht. Selbstverständlich muss man auch das Leid und massenhafte Sterben der palästinensischen Bevölkerung im Gaza-Streifen und Westjordanland aufgrund des israelischen Kampfes gegen die Hamas im Blick behalten. Doch die islamistische

---

<sup>15</sup> Vgl. Claudia Franziska Brühwiler, *Mehr Desillusion war nie – an der Eliteuniversität Harvard machen sich linksengagierte Studenten zu nützlichen Idioten für die Hamas*, in: Neue Züricher Zeitung, 17.10.2023.

<sup>16</sup> Zitiert nach Mathias Döpfner, *Die Terroristen testen die Wehrhaftigkeit des Westens*, in: Die Welt, 16.10.2023

<sup>17</sup> Siehe auch: <https://www.artforum.com/columns/open-letter-art-community-cultural-organizations-518019/>

Terrororganisation opfert bewusst und bereitwillig die palästinensische Bevölkerung in ihrem fanatischen Kampf, Israel auslöschen zu wollen. Umso zynischer ist es, wenn die Propaganda vom Genozid der Israelis an den Palästinensern so bereitwillig aufgegriffen wird und der Staat Israel als eine Art Nachfolger des nationalsozialistischen Regimes dargestellt wird.<sup>18</sup>

Doch zurück zur postkolonialen Theorie: Auch Gayatri Chakravorty Spivak ist eine einflussreiche Theoretikerin des Postkolonialismus. Sie ist für unseren Zusammenhang besonders interessant, weil sie Postkolonialismus und Feminismus, also die Postcolonial Studies und Critical Race Theory mit den Gender Studies kombiniert. In ihren philosophisch-theoretischen Texten greift sie auf Ideen von Karl Marx ebenso zurück wie auf Antonio Gramsci. Sie sieht sich als Mittlerin zwischen neomarxistischen Positionen aus der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule und postmodernen Ansätzen des Dekonstruktivismus.<sup>19</sup> Ihr Augenmerk gilt den Überschneidungen von Unterdrückung und Diskriminierung aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Kultur, einem Geschlecht oder einer sozialen Klasse. Auch in den deutschen Debatten tauchen diese Denkfiguren von Spivak immer häufiger auf, in den Gender Studies, den Postcolonial Studies und der sogenannten Intersektionalität – und durchdringen inzwischen die Kultur- und Sozialwissenschaften insgesamt. Den Begriff Intersektionalität hatte die Juristin Kimberlé Crenshaw bereits 1989 geprägt.<sup>20</sup> Er hat inzwischen eine große Karriere an den Hochschulen auf beiden Seiten des Atlantiks gemacht. Damit sollen sich überschneidende und sich verschränkende Weisen gesellschaftlicher Diskriminierung in den Fokus gerückt werden – sie wählt das Bild einer Straßenkreuzung. Dies schafft zwar einen Zusammenhang, zugleich jedoch unter der Hand eine Hierarchisierung der Opfergruppen nach Herkunft, also Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Hautfarbe oder Religion und sozialer Klasse. Wer ist aufgrund welcher Herkunft das am meisten betroffene Opfer patriarchaler, kapitalistischer und kolonialistischer Herrschaft und Gewalt? Eine schwarze Transfrau liegt im Ranking dann weit über einer weißen Lesbe aus der Mittelschicht. Aufgrund dieser Zuordnung darf dann auch nicht jeder oder jede über die Diskriminierungserfahrungen anderer Gruppen forschen oder reden.

Im 19. Jahrhundert stand in der Frauenbewegung die Gleichberechtigung auf der Agenda. Frauen kämpften für gleiche Rechte und Zugang zu Bildung. Bereits Olympe de Gouges hatte die Forderungen in ihrer „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“ 1791 in der Französischen Revolution verfasst. Zwei Jahre später wurde sie von den Jakobinern geköpft. Ihre Nachfolgerinnen im Kampf für gleiche Rechte waren im bürgerlichen oder proletarischen Flügel der Bewegung aktiv. Es ging ihnen um den Zugang zu Bildung, zu Berufen und natürlich

---

<sup>18</sup> Umfragen unterschiedlicher Erhebungsinstitute haben gezeigt, dass nur 1/3 der Deutschen Bevölkerung klar auf Seite Israels steht. Die antiisraelischen Reaktionen im Netz sind frappierend: Videos mit dem Hashtag #freepalestine auf TikTok erhielten seit dem 8. Oktober 2023 rund 27,8 Milliarden Aufrufe. Videos mit Hashtag #standwithisrael nur 497 Millionen.

<sup>19</sup> Gayatri Chakravorty Spivak, *Can the subaltern speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation*, Wien 2007

<sup>20</sup> Kimberlé Crenshaw, *Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics*, in: University of Chicago Legal Forum 1/1989, S. 139–167. unter <https://chicagounbound.uchicago.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1052&context=ucf>

um die politische Partizipation, das Wahlrecht. Auch der liberale Philosoph und Ökonom John Stuart Mill und seine Frau Harriet Taylor hatten mit ihren Schriften zur Frauenemanzipation Mitte des 19. Jahrhunderts über England hinaus Furore gemacht. Doch nicht nur die Gleichberechtigung trieb das Paar um. Sondern auch, was die Jahrhunderte währende Unterwerfung der Frauen mit ihnen angestellt hatte. Welchen Anteil an der Geschlechtsidentität und den Geschlechterrollen hatte die Biologie, die Kultur und die gesellschaftliche Sozialisation? Mill und Taylor führten in ihren Essays „Über Frauenemanzipation“ (1851) und „Die Unterwerfung der Frauen“ (1869) implizit bereits eine Unterscheidung zwischen dem biologischen (sex) und dem sozialen Geschlecht (gender) ein. Die rein körperlich-biologischen Unterschiede zwischen Männern und Frauen waren für sie keine Grundlage, daraus spezifisch maskuline oder feminine Eigenschaften abzuleiten. Diese, so ihre Überzeugung, waren kulturelle und soziale Produkte. Da für Frauen in der Vergangenheit nie die gleichen Ausgangsbedingungen und Handlungsoptionen wie für Männer bestanden hätten, die Herausbildung von Fähigkeiten aber an Erfahrung, das heißt an die Möglichkeit zu wachsen und sich weiterzuentwickeln, gebunden sei, könne eine haltbare Aussage über Frauen dazu auch nicht getroffen werden.<sup>21</sup>

Sie machten sich deshalb für den Pluralismus der menschlichen Potenziale stark, die nicht geschlechtsspezifisch zugeordnet werden könnten. Die Gleichberechtigung der Geschlechter war für sie die Vorbedingung der individuellen Wahlfreiheit und Selbstbestimmung aller. Für Mill und Taylor waren Freiheit, Gleichberechtigung und die Emanzipation der Geschlechter unlösbar miteinander verbunden: Das eine bedingt das andere und umgekehrt. Dieser Feminismus forderte legale Reformen für die Gleichberechtigung in einer liberalen Demokratie, die die Individuen schützt und sich an den universellen Menschenrechten orientiert. Er sah sich in der Tradition der Aufklärung, der Vernunft und der Wissenschaft. Doch solch ein liberaler Feminismus hatte es – wie im Übrigen der Liberalismus insgesamt – in Deutschland besonders seit der Studentenbewegung 1968 schwer. Er blieb, so er überhaupt sichtbar wurde, in der Frauenbewegung ebenso minoritär wie in der akademischen Frauenforschung und später erst recht in den Gender Studies.

Die sogenannte Neue Frauenbewegung der 1970er/80er betonte besonders die Differenz und die Absetzung von der patriarchalen Gesellschaft. Sie focht für eigene, autonome Schutzräume – was später in Gestalt der Safe Spaces von anderen Gruppen übernommen wurde. Es war eine bewusste Separierung von der allgemeinen Gesellschaft und der allgemeinen Wissenschaft. Auch damals gab es schon biologistische und essenzialistische Strömungen, die Frauen etwa als die besseren und friedfertigeren Menschen propagierten, weil sie Kinder gebären. Viele dieser Ideen finden wir später im Postfeminismus wieder. Frauenbewegung und Frauenforschung war wichtig und notwendig. Doch nach einer Phase der Ergänzung, Revision

---

<sup>21</sup> Vgl. John Stuart Mill/ Harriet Taylor/ Helen Taylor, *Die Unterwerfung der Frauen*, in: John Stuart Mill, *Ausgewählte Werke*, Bd. I: John Stuart Mill und Harriet Taylor, *Freiheit und Gleichberechtigung*, hrsg. von Ulrike Ackermann, , Hamburg 2012. In früheren Übersetzungen hieß der Titel *Die Hörigkeit der Frau*.

und Vervollständigung des wissenschaftlichen Kanons wäre es sinnvoll gewesen, zum Allgemeinen zurückkehren. (Heute gibt es über 200 Gender Studies Professuren, aber wenig Politikwissenschaftlerinnen, Philosophinnen, Ökonominen oder Chemikerinnen, die Lehrstühle inne haben.)<sup>22</sup>

Diese Separierung vom allgemeinen Wissenschaftsbetrieb sorgte über die vielen Jahre für eine Verengung der Perspektiven innerhalb der Frauenforschung; ideologische Enklaven und abgeschottete Denkräume entstanden. Denn der eigene Standpunkt, nämlich Frausein und Weiblichkeit, Opfer und Unterdrückte unter patriarchal-kapitalistisch-kolonialistischer Herrschaft zu sein, war der ultimative Ausgangspunkt und Maßstab für Erkenntnis - und wurde zum Dogma. Inzwischen hat in den Gender Studies das Konzept des „fluiden Geschlechts“ gesiegt, das biologische Geschlecht wird geleugnet und Feministinnen von transsexuellen Aktivist\*innen gejagt (s. die Kampagnen gegen die Schriftstellerin Joanne K. Rowling oder die Philosophieprofessorin Kathleen Stock u.a.) Und der Heteronormativität wurde der Kampf angesagt. Judith Butler wird in diesem Kontext als Ikone gefeiert.<sup>23</sup>

Maßgeblich für diese ideengeschichtliche Entwicklung war die sogenannte Standpunkttheorie, die in der postmodernen Philosophie an Bedeutung gewann. Vor allem in der feministischen Theorie und im Entwurf einer alternativen Wissenschaftstheorie spielte dieser Ansatz eine herausragende Rolle. Natürlich beeinflusst der Platz, den Menschen in der sozialen Hierarchie einer Gesellschaft haben, ihren Blick auf die Gesellschaft und ihren Standpunkt. Das ist lapidar. Laut dieser Theorie ist aber vor allem die Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Gruppe ausschlaggebend für den Standpunkt eines Individuums. Die These ist, dass Standpunkte zwar prinzipiell auch Vorurteile und Voreingenommenheiten enthalten. Doch treffe dies auf den Standpunkt einer in der Gesellschaft untergeordneten Gruppe aufgrund der Subalternität weniger zu. Denn unterdrückte beziehungsweise untergeordnete Gruppen hätten kein Interesse, den alten Zustand der Gesellschaft, der ihre Unterordnung festschreibt, aufrechtzuerhalten. Aus diesem Grunde seien ihre Beobachtungen von der sie dominierenden Gruppe vollständiger und objektiver. Bei Karl Marx ist die Rede vom Standpunkt der herrschenden Kapitalistenklasse einerseits und dem Standpunkt der Proletarier andererseits. Im Klassenbewusstsein und Klassenstandpunkt sah er die Voraussetzungen für den Befreiungskampf und die Revolutionierung der Gesellschaft. In den nachfolgenden marxistischen Theorien wird die Standpunkttheorie aufgegriffen und auf andere subalterne gesellschaftliche Gruppen übertragen. Besonders in den feministischen Standpunkttheorien geht es um die radikale Kritik sogenannter androzentrischer Weltanschauungen. Im Patriarchat als fundamentaler Herrschaftsform setzten Männer und ihre Vorstellungen von Männlichkeit die normative

---

<sup>22</sup>Vgl. ausführlich dazu Ulrike Ackermann, *Die neue Schweigespirale. Wie die Politisierung der Wissenschaft unsere Freiheit einschränkt*, Kapitel 6 *Von der Frauenbewegung zu den Gender Studies*, S. 93 ff.

<sup>23</sup> Vgl. Judith Butler, *Das Unbehagen der Geschlechter*, Frankfurt a. M. 1991.

Ordnung in Gesellschaft, Politik und Wissenschaft. Die amerikanische Philosophin Sandra Harding hat diese Theorie in eine feministische Wissenschaftstheorie eingebettet.<sup>24</sup>

Das ist eine klare Absage an den Universalismus der Aufklärung und an ein Verständnis von allgemeiner Vernunft und Wahrheit. Und es ist die erkenntnistheoretische Blaupause für die Entfaltung des intersektionalen Feminismus, der sich überkreuzende Formen von sozialer Unterdrückung, neben Geschlecht auch die Klasse und Rasse, miteinander verschränkt. In den 1990er-Jahren gab es zwar Streit zwischen feministischen Vertreterinnen der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule und ihren poststrukturalistisch orientierten Kolleginnen und ihrer Identitätspolitik. Doch markierte auch dies keinen tatsächlichen Bruch mit marxistischen und neomarxistischen Ideenkonzepten, sondern zeigt bis heute eine variierte Kontinuität linker Denktraditionen, auch wenn sich die Perspektive auf Macht- und Herrschaftsstrukturen etwas änderte.<sup>25</sup>

Die Verabschiedung des Subjekts zugunsten von Gruppenidentitäten - der Klasse, der Rasse, des Geschlechts, heute in umgekehrter Rangfolge - war von Anfang an antiliberal. Das bürgerliche Individuum und die bürgerliche Gesellschaft waren den dominanten feministischen Theorien ebenso wie vorher den marxistischen und neomarxistischen kritischen Gesellschaftstheorien mindestens suspekt, wenn nicht gar anachronistisch. Vor allem wird das Bedingungsverhältnis von politischer, wirtschaftlicher und individueller Freiheit geleugnet. Doch gerade dieses macht den Erfolg der westlichen Zivilisationsgeschichte aus.

So gesehen markieren die postmodernen Paradigmenwechsel (Cultural Turn und Racial Turn) seit den 1970er Jahren weniger einen Bruch und etwas ganz Neues als vielmehr eine Fortsetzung linker Gesellschaftskritik und -theorie. Die hegemonial gewordene Critical Social Justice Theory samt der Critical Race Theory setzt sich bunt gemischt und teils widersprüchlich - aus diesen verschiedenen Theoriebruchstücken zusammen. Damit können sie jedem und jeder etwas anbieten und sind weit über den akademischen Rand hinaus anschlussfähig geworden.<sup>26</sup>

Auch wenn es immer noch Vertreter der klassisch-marxistischen Linken an den Hochschulen und in der öffentlichen Debatte gab und gibt, ist eine deutliche Akzentverschiebung zu beobachten, weg von der Fokussierung auf ökonomische Ausbeutung und soziale Ungleichheit hin zu den Themen Diskriminierung, Ausgrenzung und Anerkennung auf kulturell-gesellschaftlicher Ebene. Nicht mehr das Proletariat und seine Befreiung stand auf der Agenda, sondern die Kritik des Kolonialismus und Imperialismus, die Aufwertung „ursprünglicher“ Kulturen der Dritten Welt, das „Andere“ der westlichen Kultur, Rassismus- und Patriarchatskritik. Deshalb ist die Bezeichnung „kulturalistische Linke“ gegenüber einer klassischen Linken zutreffend. Dem Marxismus war noch die Vernunft- und Fortschrittsidee der Aufklärung und westlichen Moderne eigen. Er trat mit einem universalistischen Anspruch

---

<sup>24</sup> Sandra Harding, *Feministische Wissenschaftstheorie: Zum Verhältnis von Wissenschaft und sozialem Geschlecht*, Hamburg 1990, S. 274.

<sup>25</sup> Karin Stöger, Alexandra Colligs (Hr.), *Kritische Theorie und Feminismus*, Berlin 2022.

<sup>26</sup> Vgl. Helen Pluckrose/James Lindsay, *Cynical Theories*, München 2022.

auf, auch wenn die Klassenstandpunkte entgegengesetzten Interessen folgten, Ziel war die klassenlose Gesellschaft. Die Neomarxisten und Vertreter der Kritischen Theorie und Frankfurter Schule, wie Max Horkheimer und Theodor W. Adornos sprachen immerhin noch vom „Doppelgesicht der Aufklärung“ und wollten trotz Kritik an der bürgerlichen Zweckrationalität die Vernunft nicht völlig verwerfen.<sup>27</sup> Aber ihre umfassende Kritik am Kapitalismus und an der westlichen Moderne war dennoch eine hervorragende Vorlage für die weit radikalere Herrschaftskritik der Postmodernisten, vor allem der französischen Poststrukturalisten und Konstruktivisten. Jean-François Lyotard und Michel Foucault verwarfen die großen „Metaerzählungen“ der Aufklärung und verabschiedeten die Vernunft als westliches Herrschaftsinstrument.<sup>28</sup>

Marxistische und neomarxistische Linke kritisierten den Kapitalismus, den Kolonialismus und das Patriarchat, hielten aber dennoch am universalistischen Prinzip der Gleichheit aller Menschen fest. Über die Gleichheit aller vor dem Gesetz hinaus verlangen sie allerdings bis heute Ergebnisgleichheit und Umverteilung, aus der Gleichberechtigung wurde die Gleichstellung. Die kulturalistische Linke attackiert den Universalismus der Menschenrechte ganz grundsätzlich. Sie sieht darin einen oppressiven Machtdiskurs, der die postkoloniale, weiße, männliche Herrschaft fortsetze. Ihre Kapitalismuskritik ist moderater. Mit ihrer Identitätspolitik will sie Sonderrechte für diverse gesellschaftliche Gruppen, die als diskriminierte Opferkollektive der sogenannten

„Mehrheitsgesellschaft“ gegenübergestellt werden. Sie fordert einen Machtverzicht der alten Eliten und strebt deren Austausch an. Eine neue Stände-Ordnung nach Gruppen steht auf ihrer Agenda. Ihre Hierarchie orientiert sich am Ausmaß des realen oder vermeintlichen Leids der jeweiligen Opfergruppe. Mit den eingeforderten Sonderrechten und Quotierungen wird jedoch das Prinzip der Gleichheit jedes Einzelnen vor dem Recht ausgehebelt. Diese Ständeordnung, die sich an kollektiven Zugehörigkeiten und Identitäten orientiert, kommt zwar fortschrittlich daher, ist aber im Kern rückschrittlich und reaktionär. Sie widerspricht vor allem einem grundsätzlichen Prinzip unserer rechtsstaatlichen Ordnung: jeder und jede ist vor dem Gesetz gleich, gerade unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, ethnischer Zugehörigkeit und Religion. Auch wenn es empirisch noch viele Gerechtigkeitslücken gibt. Doch mit Konflikten, Ambivalenzen und fortwährenden Krisen müssen wir leben, das gehört zur Freiheit dazu. Was wir allerdings am wenigsten brauchen, sind neue Ideologien, die uns auffordern, unsere freiheitlichen Grundlagen und Werte zu verwerfen. Denn identitärer Kollektivismus, Opfer-Täter-Polarisierungen und moralisierende Schuld diskurse zerstören die Freiheit. Vor allem brauchen wir den Mut jedes Einzelnen, sozialem Konformitätsdruck zu widerstehen – auch wenn der Sog der Schweigespirale oft stärker ist.

---

<sup>27</sup>Theodor W. Adorno, Max Horkheimer, *Dialektik der Aufklärung*, Frankfurt 1973.

<sup>28</sup>Vgl. Francois Lyotard, *Das postmoderne Wissen*, Wien 2005.

Also: Die Anliegen der diversen linken Strömungen sind weniger gegensätzlich als vielmehr komplementär aufgrund vieler Überschneidungen und Anknüpfungspunkte, wie wir gesehen haben. Damit ist die linke Hegemonie an den Hochschulen und im Kulturbetrieb sowie in den öffentlich-rechtlichen Medien nicht etwa in Erosion geraten, sondern hat sich erweitert.

Was die Varianten der rechten, islamistischen und linken Identitätspolitik eint, ist ihre fundamentalistische Kritik an der westlichen Moderne und deren freiheitlichen Errungenschaften. Dem Universalismus der Aufklärung setzen sie den Partikularismus und die Relativierung der Kulturen beziehungsweise den Ethnopluralismus entgegen. Anstelle einer Wertschätzung des Individuums wird das Kollektiv gefeiert. Die westlich-liberale Zivilisationsgeschichte sehen sie nicht als Erfolg, sondern als Desaster an. Sie alle verbindet ein zutiefst anti-westliches Ressentiment und der Hass auf den Liberalismus. Solch westlicher Selbsthass ist nicht nur dekadent, sondern brandgefährlich und selbstzerstörerisch. Die Identitätspolitiken sind kollektivistisch und separatistisch zugleich, sie spalten, polarisieren und attackieren unsere liberale Gesellschaftsordnung. Der westliche Selbsthass, wie er sich in den Ideen und Ideologen der Critical Social Justice Theories spiegelt, ist eine lange Zeit unterschätzte Bedrohung unserer Freiheiten von innen. Deshalb sollten wir diese freiheitsfeindlichen Ideen und Theoriegebäude gründlich dekonstruieren, kritisieren und entzaubern. Es ist höchste Zeit für eine grundsätzliche Selbstreflexion v.a. in den Sozial-, Kultur- und Geisteswissenschaften und gegenseitige Kritik innerhalb der Scientific Community. Wenn es in der Wissenschaft um Normen und Werte geht, verlangt es die Redlichkeit, diese auch explizit zu machen, um ergebnisoffenes und Evidenz basiertes Forschen und Lehren und den sachlichen Umgang mit Argumenten im Disput zu realisieren. Wir müssen streiten, um dem alten und neuen identitären Kollektivismus der Rechten, der Linken, der Islamisten und anderer religiöser Eiferer entgegenzutreten. Das ist die Lehre aus den Totalitarismen des letzten Jahrhunderts und öffnet den Blick für die Gefahren der neuen. Eine antitotalitäre Selbstaufklärung steht jetzt auf der Agenda!